Gazeta Krakowska

Wychodzi codziennie oprócz niedziel i świąt uroczystych w Drukarni Stanisława Gieszkowskiego.

№ 103.

Kwartalnie kosztuje złr. 4 Konw. Mon. miesięcznie złotych sześć.

SOBOTA 6 Maja 1848 roku.

OBSERWACYE METEOROLOGICZNE.

Dzien godzina	Bar. do 0° R. w miar. paryz.	Stop. ciepła pod. Rean.	Psychometr	Wiatr	Stan Atmosfery	Zjawiska napowietrzne i różne uwagi.
4 6	27 5. 83	+ 4. 8	2 49	Pl.Zachodni słaby	Pogoda	
2	5, 81	+10. 3	2 98	PPl. Zachodni ,,	Pogoda z Chmurami	
10	6. 79	+ 4. 6	2. 61	Wschodni ,,	..	

Wir Ferdinand der Erste,

von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich;

König von Hungarn und Böhmen, dieses Namens der fünfte, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illirien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Ober- und Nieder- Schlesien; Großfürst von Siebenbürgen; Margraf von Mähren; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol S. S.

Ueberzeugt, daß die Staats-Institutionen den Fortschritten folgen müssen, welche in der Cultur und Geistes-Entwicklung der Völker eingetreten sind, und stets geneigt, anzuerkennen, daß die Uns anvertrauten Völker unter den Segnungen eines langjährigen Friedens auf der Bahn dieses Fortschreitens nicht zurückgeblieben sind, haben Wir denselben durch Unser Patent vom 15 März d. J. die Ertheilung einer Verfassung zugesichert.

Es gereicht Unserem Herzen zur Beruhigung, indem Wir Unser kaiserliches Wort lösen, die zahlreichen Merkmale treuer Liebe und Anhänglichkeit Unserer geliebten Völker dadurch zu erwidern, daß Wir auf eine feierliche Weise Unsere Sorgfalt für ihr Wohl und Unser Bestreben an den Tag legen, ihren Rechtszustand zu sichern, und ihnen eine, ihre Interessen sichernde Theilnahme an der Regelung der Angelegenheiten des Vaterlandes einzuräumen.

In dieser Erwägung haben Wir nach den Anträgen Unseres Ministerrathes und nach sorgfältiger Prüfung derselben beschlossen, die beigefügte Verfassungs-Urkunde für die in derselben bezeichneten Läder zu ertheilen, welche Wir unter den gemeinsamen Schutz aller zu Unserem Reiche gehörigen Völker mit der festen Zuversicht stellen, daß dadurch das Band des Vertrauens zwischen dem Trone und dem Volke, und die seit Jahrhunderten bestehende Vereinigung der zur Monarchie gerörigen Reiche zu ihrem gemeinsamen Wohle noch inniger verslungen. werden wird.

Wir verordnen daher, daß die in dieser Verfassungs-Urkunde enthaltenen Bestimmungen allen Unseren Unterthanen ohne Ausnahme, so wie allen geistlichen, Civil- und Militär-Autoritäten zur unverbrüchlichen Richtschnur zu dienen haben.

Wir behalten Uns vor, demnächst die Vertreter aller Provinzen in Folge eines provisorisch zu ertheilenden Wahlgesetzes wählen zu lassen, und zu dem abzuhaltenden Reichstage einzuberufen.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien den fünf und zwanzigsten April im Eintausend achthundert acht und vierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre.

Ferdinand. m. p.

L. S.

Ficquelmont,
Minister des Aeußeren und provisorischer Präsident.

Pillersdorf,
Minister des Inneren.

Sommaruga,
Minister des Unterrichtes.

Krauß,
Finanzminister.

Zanini,
Kriegsminister.

Verfassungs=Urkunde
des
österreichischen Kaiserstaates.

I.
Allgemeine Bestimmung.

§. 1.

Sämmtliche zum österreichischen Kaiserstaate gehörige Länder bilden eine untrennbare constitutionelle Monarchie.

§. 2.

Die Verfassungs=Urkunde hat auf folgende Länder des Kaiserreiches Anwendung, nämlich: auf die Königreiche Böhmen, Galizien, Lodomerien mit Auschwitz und der Bukowina, Illirien (bestehend aus den Herzogthümern Kärnthen und Krain und dem Gubernialgebiethe des Küstenlandes), auf das Königreich Dalmatien, auf das Erzherzogthum Österreich ob und unter der Enns, die Herzogthümer Salzburg, Steiermark, Ober = nnd Nieder = Schlesien, das Markgrafthum Mähren, die gefürstete Graffschaft Tyrol mit Vorarlberg.

§. 3.

Die Gebiets=Eintheilung der einzelnen Provinzen bleibt in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung unberührt, und kann nur durch ein Gesetz abgeändert werden.

§. 4.

Allen Volksstämmen ist Unverletzlichkeit ihrer Nationalität und Sprache gewährleistet.

§. 5.

Die Krone ist nach dem Grundsatze der pragmatischen Sanction vom 19 April 1713 erblich.

§. 6.

Der Tronfolger ist nach dem zurückgelegten achtzehnten Jahre volljährig.

§. 7.

Für den Fall seiner Minderjährigkeit, oder der Unfähigkeit zur Selbstregierung wird eine Regentschaft nach einem besondern Gesetze bestellt.

II.
Der Kaiser.

§. 8.

Die Person des Kaisers ist geheiligt und unverletzlich. Er ist für die Ausübung der Regierungsgewalt unverantwortlich; seine Anordnungen bedürfen aber zur vollen Gültigkeit der Mitfertigung eines verantwortlichen Ministers.

§. 9.

Der Kaiser legt bei Eröffnung des ersten Reichstages und jeder Nachfolger unmittelbar nach seinem Regierungsantritte den Eid auf die Verfassungs=Urkunde ab.

§. 10.

Dem Kaiser gebührt die vollziehende Gewalt allein, und er übt die gesetzgebende Gewalt im Vereine mit dem Reichstage aus.

§. 11.

Er besetzt alle Staatsämter, verleiht alle Würden, Orden und Adelsgrade, führt den Oberbefehl und verfügt über die Land= und Seemacht.

§. 12.

Er erklärt Krieg und schließt Frieden und Verträge mit fremden Regierungen.

Alle Verträge mit fremden Staaten bedürfen der nachträglichen Genehmigung des Reichstages.

§. 13.

Dem Kaiser steht die Belohnung ausgezeichneter Verdienste zu, er hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung, welches jedoch bei verurtheilten Ministern von dem Einschreiten einer der beiden Kammern des Reichstages abhängig ist.

§. 14.

Alle Rechtspflege geht vom Kaiser aus, und wird in seinem Namen ausgeübt.

§. 15.

Im Reichstage hat der Kaiser das Recht zum Vorschlage von Gesetzen, die Sanctionen aller Gesetze steht ihm allein zu.

§. 16.

Er beruft jährlich den Reichstag und kann ihn vertagen oder auflösen, in welchem Falle unter Einhaltung der Frist von neunzig Tagen ein neuer Reichstag einberufen wird.

In dem Falle des Ablebens des Kaisers hat sich der Reichstag inner der Frist von vier Wochen zu versammeln.

III.
Staatsbürgerliche und politische Rechte der Staatseinwohner.

§. 17.

Allen Staatsbürgern ist die volle Glaubens= und Gewissens=so wie die persönliche Freiheit gewährleistet.

§. 18.

Niemand kann anders als in Befolgung der gesetzlichen Form, mit Ausnahme der Anhaltung auf der That, verhaftet werden.

Binnen 24 Stunden nach der Gefangennehmung muß jeder Verhaftete über den Grund seiner Verhaftung gehört, und seinem Richter zugewiesen werden. Hausdurchsuchungen können nur in den Fällen und in der Form, welche das Gesetz vorausbezeichnet, vorgenommen werden.

§. 19.

Die Freiheit der Rede und Presse ist nach vollkommener Auflassung der Censur durch die Verfassungs=Urkunde gesichert. Die Bestrafung der Mißbräuche wird durch

ein von dem ersten Reichstag zu erlassendes Gesetz geregelt werden.

§. 20.

Das Briefgeheimniß ist unverletzlich.

§. 21.

Die im §. 17 bis 20 bezeichneten Freiheiten genießen auch die Fremden, welche noch keine staatsbürgerlichen Rechte erworben haben.

§. 22.

Das Petitionsrecht und das Recht zur Bildung von Vereinen steht allen Staatsbürgern zu. Besondere Gesetze werden die Ausübung dieser Rechte regeln.

§. 23.

Der Freiheit der Auswanderung darf von den Behörden kein Hinderniß in den Weg gelegt werden.

§. 24.

Jeder Staatsbürger kann Grundbesitzer werden, jeden gesetzlich erlaubten Erwerbszweig ergreifen, und zu allen Ämtern und Würden gelangen.

§. 25.

Die Wirksamkeit des Gesetzes ist gleich für alle Staatsbürger, sie genießen einen gleichen persönlichen Gerichtsstand, unterliegen der gleichen Wehr- und Steuerverpflichtung, und keiner kann gegen seinen Willen seinem ordentlichen Richter entzogen werden.

§. 26.

Der Gerichtsstand für das Militär bleibt bis zum Erscheinen eines besonderen Gesetzes unverändert.

§. 27.

Die Beseitigung der, in einigen Theilen der Monarchie noch gesetzlich bestehenden Verschiedenheiten der bürgerlichen und politischen Rechte einzelner Religions-Confessionen, so wie die Aufhebung der, der Erwerbung aller Arten von Grundbesitz noch entgegenstehenden Beschränkungen werden den Gegenstand, dem ersten Reichstage vorzulegender Gesetzesvorschläge bilden.

§. 28.

Die Richter können nur durch ein Erkenntniß der Gerichtsbehörden entlassen, im Dienste zurückgesetzt, oder gegen ihren Wunsch an einen andern Dienstort oder Ruhestand versetzt werden.

§. 29.

Die Rechtspflege wird durch öffentliches mündliches Verfahren ausgeübt.

Für die Strafgerichtspflege werden Schwurgerichte eingeführt, deren Errichtung ein besonderes Gesetz bestimmen wird.

§. 30.

Aenderungen in der Einrichtung der Gerichtshöfe können nur durch ein Gesetz eingeführt werden.

§. 31.

Allen in der Monarchie durch die Gesetze anerkannten christlichen Glaubensbekenntnissen und dem israelitischen Cultus ist die freie Ausübung des Gottesdienstes gesichert.

IV.

Die Minister.

§. 32.

Die Minister sind für alle Handlungen und Anträge in ihrer Amtsführung verantwortlich.

§. 33.

Diese Verantwortlichkeit, so wie die Bestimmung der anklagenden und richtenden Behörde wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.

V.

Der Reichstag.

§. 34.

Der Reichstag, welcher im Vereine mit dem Kaiser die gesetzgebende Gewalt ausübt, ist in zwei Kammern, den Senat und die Kammer der Abgeordneten, getheilt. Die Dauer des Reichstages wird auf fünf Jahre mit jährlicher Einberufung desselben festgesetzt.

§. 35.

Der Senat besteht:

a) aus Prinzen des kaiserlichen Hauses nach vollendetem 24 Jahre;

b) aus den von dem Kaiser ohne Rücksicht auf Stand und Geburt für ihre Lebensdauer ernannten Mitgliedern;

c) aus hundertfunfzig Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern für die ganze Dauer der Wahlperiode aus ihrer Mitte gewählt werden.

§. 36.

Die Kammer der Abgeordneten besteht aus dreihundert drei und achtzig Mitgliedern.

Die Wahl sämmtlicher Mitglieder der Kammer der Abgeordneten beruht auf der Volkszahl und auf der Vertrettung aller staatsbürgerlichen Interessen.

§. 37.

Die Wahlen der Mitglieder beider Kammern werden für den ersten Reichstag nach einer provisorischen Wahlordnung vorgenommen.

§. 38.

Das definitive Wahlgesetz wird von dem versammelten Reichstage beschlossen und darin auch die Bestimmungen über die den Abgeordneten zur zweiten Kammer zu gewährenden Entschädigung ausgesprochen werden.

§. 39.

Jede Kammer erwählt ihre Präsidenten und übrigen Functionäre, ihr allein steht die Prüfung und Entscheidung über die Giltigkeit der Wahlen zu.

§. 40.

Die Mitglieder beider Kammern können ihr Stimm-

recht nur persönlich ausüben, und dürfen von ihren Committenten keine Instructionen annehmen.

§. 41.

Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich; eine Ausnahme davon kann nur durch Beschluß der Kammer stattfinden, welche darüber auf Verlangen von zehn Mitgliedern oder dem Präsidenten in geheimer Sitzung entscheidet.

§. 42.

Kein Kammer-Mitglied kann während des Reichstages ohne ausdrückliche Zustimmung der Kammer, welcher es angehört, den Fall der Ergreifung auf der That ausgenommen, gerichtlich verfolgt oder verhaftet werden.

§. 43.

Ein Kammer-Mitglied, welches eine vom Staate besoldete Dienststelle annimmt, hat sich einer neuen Wahl zu unterziehen; die Regierung wird keinem gewählten Mitgliede den Eintritt in die Kammern verweigern.

§. 44.

Die Kammern versammeln sich nur über Einberufung des Kaisers, und haben nach erfolgter Auflösung oder Vertagung keine Geschäfte zu verhandeln.

VI.

Wirksamkeit der Reichstages.

§. 45.

Alle Gesetze bedürfen der Zustimmung beider Kammern und der Sanction des Kaisers.

§. 46.

Beim ersten abzuhaltenden Reichstage und nach jedem neuen Regierungsantritte wird die Civilliste des Kaisers für seine ganze Regierungsdauer festgesetzt.

Appanagen und Ausstattungen für die Mitglieder des Kaiserhauses werden von Fall zu Fall dem Reichstage zur Schlußfassung vorgelegt.

§. 47.

Die jährlichen Bewilligungen zur Ergänzung des stehenden Heeres, die Bewilligung zur Erhebung von Steuern und Abgaben, die Contrahirung von Staatsschulden, die Veräußerung von Staatsgütern, die Prüfung und Feststellung des jährlichen Voranschlags der Staats-Einnahmen und Ausgaben und des jährlichen Gebahrungs-Abschlusses kann nur durch ein Gesetz erfolgen.

Diese Gesetzvorschläge sind zuerst bei der Kammer der Abgeordneten einzubringen.

§. 48.

Beide Kammern können Gesetzvorschläge machen, oder unter Nachweisung der Gründe bei der Regierung auf die Vorlage eines Gesetzentwurfes antragen; Petitionen annehmen und zur Verhandlung bringen; jedoch dürfen solche Petitionen von Privaten und Corporationen nicht persönlich überreicht, sondern sie müssen durch ein Mitglied der Kammer vorgelegt werden.

§. 49.

Zur Giltigkeit eines Beschlusses ist in jeder Kammer die Anwesenheit von wenigstens dreißig in dem Senate und von sechzig in der zweiten Kammer erforderlich.

§. 50.

Gesetzesvorschläge, durch welche die Bestimmung der Verfassungs-Urkunde ergänzt, erläutert oder abgeändert werden sollen, bedürfen in jeder der beiden Kammern die Zustimmung von zwei Drittheilen der anwesenden Mitglieder.

§. 51.

Bei allen anderen Gesetzesvorschlägen genügt die absolute Stimmenmehrheit.

§. 52.

In beiden Kammern wird die Regierung durch die verantwortlichen Minister oder von ihrem, den Kammern zu bezeichnenden Regierungs-Commissäre vertreten. Entscheidende Stimme steht beiden aber nur dann zu, wenn sie Mitglieder der Kammern sind.

§. 53.

Ein besonderes von jeder Kammer zu beschließendes Reglement wird die Geschäfts-Ordnung für dieselben festsetzen, bis zu dessen Zustandebringung wird ein provisorisches Reglement für jede der beiden Kammern von der Regierung erlassen.

VII.

Provinzial-Stände.

§. 54.

In den einzelnen Ländern haben Provinzial-Stände zur Wahrnehmung der Provinzial-Interessen und zur Besorgung der für diese Interessen sich ergebenden Erfordernisse, so weit solche nicht unter den allgemeinen Staats-Erfordernissen begriffen sind, zu bestehen. Den bishörigen Provinzial-Ständen wird, insoferne die Verfassungs-Urkunde keine Aenderung enthält, ihre Einrichtung und Wirksamkeit erhalten.

§. 55.

Eine der ersten Aufgaben des Reichtages wird es seyn, die Prüfung und Würdigung der, von den Provinzial-Ständen vorzulegenden zeitgemäßen Aenderungen ihrer bisherigen Verfassungen und der Vorschläge über die Art der Ersatzleistung der ablösbar erklärten Grundlasten in Verhandlung zu nehmen.

§. 56.

Zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Kreise und Bezirke in jeder Provinz wird die Gesetzgebung eigene Munizipal-Einrichtungen festsetzen.

§. 57.

Die Gemeinde-Verfassungen sind nach dem Grundsatze zu ordnen, daß in denselben alle Interessen der Gemeinde und ihrer Glieder vertreten werden.

§. 58.

In dem ganzen Umfange der Monarchie wird die Nationalgarde nach den, durch ein besonderes Gesetz zu regelnden Normen errichtet, bleibt jedoch der Civil-Autorität und den Civilgerichten untergeordnet.

§. 59.

Die Nationalgarde und sämmtliche Beamte leisten dem Kaiser auf die Verfassung den Eid.

Der Eid der Armee auf die Verfassung wird in den Fahneneid aufgenommen.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien den fünf und zwanzigsten April im Eintausend achthundert acht und vierzigsten, Unserer Reiche im vierzehnten Jahre.

Ferdinand. m.p.

L. S.

Ficquelmont,
Minister des Aeußeren und provisorischer Präsident.

Pillersdorf,
Minister des Inneren.

Sommaruga,
Minister des Unterrichtes.

Krauß,
Finanzminister.

Zanini,
Kriegsminist r.

Do Nru dzisiejszego dołącza się **DODATEK.**

DODATEK do Nru 103

GAZETY KRAKOWSKIÉJ.

Sobota 6 Maja 1848 r.

Wiadomości zagraniczne.

PRUSSY.

Poznań 1 *Maja.* — Gazeta Polska zawiéra list jenerała Bema, od czasu rewolucyi Polskiéj w r. 1831, poprzednio w Belgii, następnie w Anglli osiadłego, adressowany do mężów stanu W. Brytanii, a tyczący obecnego tamże przesilenia handlowego i finansowego, któren jest następujący:

Lordzie!

Przesilenie handlowe i finansowe, które tak boleśnie dotknęło Anglią, tudzież stan dzisiejszy interesów politycznych, powoduje mnie, jako Polaka, do przedstawienia Panu niektórych uwag, mogących mieć wpływ na handel i przemysł kraju jego i na przyszłe jego losy.

Główną przyczyną obecnego przesilenia jest niewątpliwie głód w Irlandyi i nieurodzaj w Anglii i Szkocyi. To przymusiło wydać bardzo znaczne kapitały w gotówce na sprowadzenie zboża z Polski przez morza Czarne i Baltyckie — a Prussy i Rossya, które posiadają porty polskie, nie wpuszczają do nich żadnych towarów angielskich zarzucając swojemi kraj nieszczęśliwy, który między siebie podzieliły.

Gdyby Polska była niepodległą, nie potrzebowałaby Anglia płacić gotowemi pieniędzmy rolniczych jéj produktów; bo Polska dostarczałaby chętne swych płodów w zamian za towary angielskie, daleko lepsze od niemieckich i rossyjskich. Tym sposobem przesłaćby mogła Anglii w razie potrzeby zboże, drzewo masztowe i na budowle, wełnę, skóry, miód, wosk, łój, konopie, potaż, nawet woły i konie w zamian za towary, któremi składy jéj fabrykantów są przepełnione. Anglia mogłaby nawet prowadzić handel bardzo korzystny płodami polskiemi, wywożąc je do krajów nierolniczych. Żeby mieć wyobrażenie o ogromnym odbycie towarów angielskich tym nowym kanałem, dość jest wziąść na uwagę, że dawna Polska rozciągająca się od Baltyku do morza Czarnego, i licząca dwadzieścia i kilka milionów ludności jest krajem zupełnie rolniczym, żadnych fabryk ani rękodzielni nie posiada, a mając gruntu zadosyć na podwójną jeszcze ludność, nie potrzebnje bynajmniéj zakładać u siebie fabryk, dopóki płody swéj ziemi wymieniać będzie mogła na dobre towary po cenie umiarkowanéj.

Anglia miałaby przeto do zaopatrywania nie na lat ale na wieków kilka, dwadzieścia i trzy miliony ludności pod rządem narodowym coraz zamożniejszéj Polsce, czyniącéj więc coraz większe wydatki, których dzisiaj odmówić sobie musi pod panami co ssą jéj dobytek i krew zostawiając w zamian tylko nędzę i rozpacz.

Dodać tu jeszcze potrzeba, że, jeżeli cena ziemiopłodów polskich jest niższą od cen krajów innych, lubo przechodzą przez chciwe ręce państw zaborczych, to byłyby jeszcze tańsze, gdyby je mieć można wprost z Polski, z pierwszéj ręki.

Co więcéj, ceny te mogłyby się stać jeszcze niższemi przez zaprowadzenie dróg żelaznych w Polszcze. Anglia sama mogłaby nawet podjąć się ich założenia pod warunkami bardzo korzystnemi, i mieć tym sposobem nie tylko całą korzyść ze zmniejszenia się cen, ale nadto pewnie bardzo wielki odbyt na swe machiny parowe i inne tu należące sprzęty.

Założenie dróg żelaznych w Polszcze nie byłoby kosztowne, bo grunt tutaj zupełnie płaski, robocizna tania, a grubsze sztuki lanego żelaza mogłyby być dostarczone przez właścicieli pieców po cenie bardzo nizkiéj.

Gdyby więc założono drogę żelazną od Baltyku do morza Czarnego, prowadząc ją przez błota Pińskie, z ramionami do innych prowincyj polskich, wtenczas produkta najżyzniejszych okolic mogłyby być przewożone do jednego lub drugiego morza w każdym czasie i po bardzo nizkiéj cenie, — kiedy teraz przewóz na kołach drogami często nieprzebytemi a wymagającemi nieraz kilka miesięcy czasu, podnosi znacznie ich ceny — które tém wyższemi się stają, im znaczniejszemi są obstalunki, nie dla tego żeby płody same w kraju przez to drożały, lecz dla niemożności dostawiania potrzebnéj ilości do portu w czasie oznaczonym.

Daję tutaj ceny niektórych produktów Podola i Ukrainy prowincyj najżyzniejszych z całéj dawnéj Polski. Są to ceny średnie, w latach kiedy nie ma głodu w innych częściach Europy, bo wtenczas podnoszą się cokolwiek.

Pszenica na miejscu 6 szyllingów za kwarter.
Wół średni „ Ł. 1. 100.
Dobry koń dla kawaleryi lekkiéj Ł. 7 do 8.

Cena innych produktów idzie w podobnym stosunku, a koszta przewozu do portów morskich za pomocą dróg żelaznych nie mogłyby jéj znacznie podnieść.

Woły możnaby bić na miejscu i robić z nich mięso solone na użytek marynarki.

Żeby jednak dojść do tego wszystkiego, potrzeba najprzód, aby Polska była niepodległa.

Do tego Anglia może się najwięcéj przyczynić. Nie potrzebuje bynajmniéj wypowiadać wojny trzem rozbiorowym mocarstwom, t. j. Rossyi, Austryi i Prusom, — awanturować swych armii i flot na pomoc Polakom, ani ponosić kosztów wojny; nie, tego wszystkiego nie potrzeba, bo naród dwódziestokilko milionowy, kiedy postanowi odzyskać niepodległość, może znaleźć w swém łonie dostateczne zasoby do skruszenia gnębiącego jarzma — Ale Anglia pomoże wiele polakom przyjacielskiém spółdziałaniem, a tak pomódz może bez narażenia się, po-

nieważ zniszczen[illegible] [illegible]tu Wiedeńskiego przez mocarstwa, które [illegible] [illegible]szarpały, rozwiązało jéj ręce i dozwala dz[illegible] [illegible]sownie do widoków i interesów swego ha[illegible]

Rząd W. Bry[illegible] powinienby nawet przyjąć za system swéj polityki, wyprzeć jedno z tych państw, t. j. Rossyą, nazad w dawne jéj granice.

Czyż Rossya szanuje interesa Anglii? Nie, — owszem, robi jéj tyle złego ile tylko może. Czyż to nie Rossya zerwała wszystkie stosunki handlowe Anglii z narodami przez swych carów podbitemi? Czyż nie czycha tylko na sposobną chwilę, w któréjby mogła wziąść bezkarnie Konstantynopol, coby naturalnie pociągnęło za sobą opanowanie wszystkich brzegów morskich dawnego państwa greckiego, coby jéj dozwoliło uformować dobrą marynarkę za pomocą majtków greckich i zamienić morze Czarne na jeziora rossyjskie? Czyż nawet nie wyciąga już ręki do posiadłości angielskich w Jndyach wschodnich, gdzie stara się podżegać zamieszanie i podburzać narody przeciw Anglikom? Wpływ, który sobie umiała zjednać w Persyi, otwiéra jéj już drogę do tamtych państw, a nie zaniedba zeń korzystać, jeżeli się go nie ukruci. Przywrócenie Polski może zgruchotać ten kolos o nogach glinianych, — Polska tego własnemi dokaże siłami. Atoli spółdziałanie przyjacielskie Anglii, może ułatwić pracę, bo tego sobie nie ukrywamy, że walka będzie długa i ciężka.

Niech więc lordy stanu W. Brytanii zastanowią się nad tak ważną kwestyą. Mogą teraz zapewnić korzyści, niezmierne dla handlu i przemysłu swego kraju i zapobiedz powtórzeniu się głodu i przesilenia handlowego i finansowego, nie potrzebując nam pomagać jak na drodze prawnéj.

W tym to celu mam zaszczyt zaprosić wszystkie osoby pojmujące ważność obecnych okoliczności, aby raczyły połączyć się w towarzystwo, którego celem ma być przywrócenie Polski.

Nadmienić tu musimy, iż z ustawy Towarzystwa literackiego przyjaciół Polski, którego czcigodny Lord Dudley Coutts Stuart jest patronem, wypływa, iż się tego rodzaju zatrudnieniem zająć nie może.

Mam przeto honor prosić tych wszystkich, coby należeć chcieli do **Towarzystwa ku przywróceniu Polski**, aby deklaracyą swą w téj mierze przesłali pod moim adresem, 10. Hamilton Street, Camden Town.

Będę Panu obowiązany, jeżeli zechcesz tak być dobrym i nakłonisz swych przyjaciół do połączenia swéj deklaracyi z moją.

Londyn 12 Kwietnia 1848.

Mam honor być etc.

(podp.) Jenerał Bem.

— *Dnia 2 Maja.* —

Rozszérzone wczoraj wiadomości o zaszłych wypadkach wojennych pod Mirosławem mieście przy granicy leżącém, napełniły Polaków radością jak to można było widzieć na twarzy każdego — przeciwnie na niemieckiéj ludności która już teraz otwarcie nieprzyjaźnie postępuje — zrobiło trwożliwe wrażenie. Pruski korpus pod jenerałem Blumen miał napaść łącznie z oddziałem podpułkownika Brandt, miasto Mirosław główną kwaterę powstańców pod rozkazami generalissimus Mirosławskiego i tychże rozpędzić. Jednak pułkownikowi Brandt przy przejściu Warty połączyć się przeszkodzono, jenerał napad uczynił, zdobył Mirosław i chciał powstańców na pozór tylko uciekających w stronę lasów Mirosławia daléj ścigać. Ale postawiono tu drugi powstańczy korpus. Wtedy Polacy stanęli już zaczepnie, nietylko stawili czoło ścigającym ich Prusakom ale natarli na nich; — w czasie potyczki w całéj massie przechodzą na stronę powstańców, jak raport mówi, Polacy będący w służbie pruskiéj i to tak w kawaleryi jak w piechocie (niemiecka gaz. wspomina o 300); przeszli biorą zaraz udział w potyczce, tak: że korpus pruski zupełnie pobity, miasto Mirosław opuścić musiał. Strata ze strony Prusaków jest znaczną szczególniéj strata oficerów, których przechodzące oddziały na stronę powstańców prawie wystrzelały. Polacy, mówią Niemieckie gazety, z niesłychaném i im zawsze właściwym męztwem walczyli, ich strzelcy jakoby najwyćwiczeńsze wojsko strzélali, a ich artylerya z 3 armat jak mówią składająca się, cudów dokazywała. Mierosławski na czele regularnéj kawaleryi, nieporównaną odznaczył się śmiałością.

Hrabia Seweryn Mielżyński po mężnym oporze, w własnym zginął zamku.

Z Warszawy zapewniają że część armat na wałach cytadelli zagwożdżoną przez spiskowych została. Liczba aresztowanych oficerów ma być 50, z których już 5 rozstrzelano.

Gdańsk 28 *Kwietnia.* — Od ujścia Wisły, ujrzano przez lunetę 3 duńskie wojenne okręta, które jednak ciągle w znacznéj od portu stały odległości. (P. S. A.)

HOLSZTYN.

Apenrade 29 *Kwietnia.* — Miasto nasze jest teraz główną kwaterą wojsk pruskich. Cofanie się duńczyków wielkie tu na obywatelach a mianowicie na ludu wiejskim uczyniło wrażenie. Zaufanie pierwszych w Danii zachwiało się, obawa zaś drugich przed Duńczykami przezwyciężoną została.

Wczoraj poruszyło się miasto, ujrzawszy przed portem wojenny Duński statek parowy; któren jednak oddalił się spokojnie. Jutro wyruszają ztąd Prusacy do Hadersleben, gdzie już żadnego niema Duńczyka. Na jednym z placów naszego miasta, stoi posąg Chrystiana I. któremu teraz zatknięto Niemiecką chorągiew.

Flensburg 27 *Kwietnia.* Dziś popołudniu przybył tu duński parlamentarz do pruskiego jenerała; przyczyna i skutek niewiadome. W Alsen duńczykowie silnie się okopali, oczekując wysłanéj tam wczoraj Hanowerskiéj artyleryi, a dzisiaj wojsk pruskich. Andrzéj Christiansem do Sonderburgu schronił się; dom jego niezwłocznie w koszary zamieniono, gdzie umieszczono 1000 ludzi; dziś ujrzano z jednego okna wywieszoną chorągiew z napisem: „własność Narodowa Niemiecka.“ (P. S. A.)

DANIA.

Kopenhaga 27 *Kwietnia.* Po zapewnieniu się o udziale miast Hanzeatyckich w wojnie przeciw Danii, wojenne okręta otrzymały rozkaz, wszystkie niemieckie bez wyjątku okręta zabiérać, które odtąd nie tylko samemu Ambargo ulegać, ale zupełnie konfiskowanemi być mają; z uwagi zaś, że blokowanie Elby wielom podlega trudnościom, ograniczono się przeto na wspiéraniu wojska lądowego, wojennemi okrętami. (P. S. A.)

W Poniedziałek z powodu uroczystego święta Gazeta Krakowska nie wyjdzie.